

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 706 Anfrage Müller Guido und Mit. über die IT-Probleme beim WAS Luzern und deren Auswirkungen auf arbeitslose Personen im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 706 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Guido Müller hält an der Dringlichkeit fest.

Guido Müller: Ich halte mich strikt an die Dringlichkeitskriterien. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist nicht zufrieden, nicht mehr über diese Thematik zu erfahren. Besonders die Betroffenen, also etwa 640 Personen, die länger auf eine Auszahlung warten mussten, erwarten eine Antwort darauf, wie es weitergeht und ob das Problem gelöst ist. In einer späteren Session ist das Anliegen zwar nicht gegenstandslos, aber die Antworten sind dringlich erforderlich, damit man weiss, wie es weitergeht und welche Schritte eingeleitet wurden, damit sich solche Fälle nicht mehr ereignen können. Deshalb bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Pia Engler: Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Das Thema ist brisant, viele sind davon betroffen, und die Fragen von Guido Müller sind relevant. Wir können nicht zuwarten, weil die Fragen jetzt geklärt und Lösungen gefunden werden müssen. Wir haben einen Informationsbedarf, den es jetzt einzulösen gilt. Es sind viele davon betroffen, zum einen Versicherte, zum anderen aber auch soziale Dienste. Hier stellt sich auch die Frage, weshalb das Sozialversicherungszentrum Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS) nicht in der Lage ist, diese Situation selbst aufzufangen, sondern auch die Gemeinden Hand anlegen müssen.

Sabine Heselhaus: Wenn existenzsichernde Leistungen ausbleiben, wird aus einer IT-Panne schnell eine soziale Notlage. Genau deshalb muss geklärt werden, ob für solche Fälle ein funktionierender Krisen- und Notfallplan besteht. Die Dringlichkeit dieser Anfrage ist daher absolut gerechtfertigt.

Rahel Estermann: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit ebenfalls zu. Es geht vor allem um die Personen, die ihr Geld nicht erhalten haben. Für sie ist es ein existenzielles Problem. Es ist wichtig, dass möglichst schnell eine Lösung gefunden wird und wir als Politik wissen, wo das Problem liegt. Ich kann mich dem Vorredner und den Vorrednerinnen anschliessen, das Informationsbedürfnis ist hoch. Die Dringlichkeit ist aufgrund der betroffenen Personen hoch. Deshalb treten wir dafür ein, dass unser Rat morgen über diese Anfrage diskutiert.

Carlo Piani: Die Situation um die verzögerten Auszahlungen bei der Arbeitslosenkasse ist für die betroffenen Personen schwierig und unbefriedigend. Das gilt es anzuerkennen.

Gleichzeitig handelt es sich um ein IT-Problem, das in Zusammenhang mit den schweizweiten IT-Systeme der Arbeitslosenversicherung steht. Das liegt in der Verantwortung von Bundesbern. Gemäss unseren Informationen laufen bereits viele Massnahmen, wodurch Härtefälle zeitnah abgebaut werden konnten. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Dringlichkeit nicht als erfüllt an. Die Fragen sollen dann beantwortet werden, wenn die Situation gesamtheitlich beurteilt und beantwortet werden kann. Die Mitte-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ebenfalls ab. Das Anliegen fällt grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit des Kantons Luzern, sondern es geht um eine schweizweite Software, die das WAS aber nutzen muss. Es wurden Massnahmen ergriffen und die Rückstände konnten inzwischen deutlich abgebaut werden. Es ist sicher ein schwerwichtiges Thema, aber eine Beratung in unserem Rat kann nicht zu einer Lösung beitragen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Unser Rat lehnt die Dringlichkeit aus dem folgenden Grund ab: Die IT-Probleme bei der Arbeitslosenkasse sind Probleme des Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Diesbezüglich sind von Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern bereits Anfragen gegenüber Bundesrat Guy Parmelin erfolgt. Dieser hat sich bereits öffentlich für die Verzögerung entschuldigt. Hier geht es aber nach wie vor darum, dass die IT-Probleme auf Stufe Seco noch nicht komplett behoben sind. Die Kantone hatten im Vorfeld darauf aufmerksam gemacht, dass die Weihnachtstage nicht der richtige Moment für die IT-Umstellung sind. Hier ist also der Bund gefordert. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass die Gemeinden im Vorfeld vom WAS informiert wurden, dass es möglicherweise zu Auszahlungsschwierigkeiten kommen könnte. Die Gemeinden wurden also vorbereitet. Gleichwohl kam es zu Verzögerungen bei der Auszahlung. Diese Pendenzen wurden inzwischen abgebaut. In diesem Sinn liegt aktuell keine politische Brisanz vor, um in dieser Session weiter darüber zu informieren. Die Auszahlungen laufen derzeit und das Problem haben Bundesrat Guy Parmelin und das Seco zu lösen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 62 zu 52 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.